

Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses am Freitag, dem 11.09.2009, im Großen Ausschusszimmer des Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. C4.26)

Beginn: 09:00 Uhr Ende: 09:46 Uhr

	I. Öffentlicher Teil		Seite
1.	Bericht der Verwaltung		5
2.	Umsetzung des Konjunkturpaketes II	115/2009	6
3.	Dienstvereinbarung über Leistungsentgelte für die Beschäftigten der Kreisverwaltung Waren- dorf (DV Leistungsentgelte); hier: Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten	118/2009	7
4.	Projekt "Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergund in der Sekundarstufe I" der Stiftung Mercator	102/2009	8
5.	Aufstellung der Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Sozialgericht in Münster (SG Münster)	113/2009	9
6.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen	116/2009	10
	II. Nichtöffentlicher Teil		
1.	Vergabe des Auftrages für den Aufbau eines digitalen Alarmierungssystems im Kreis Waren- dorf	112/2009	12

2.	Verkauf des ehemaligen Lehrerwohnhauses in Wulmeringhausen	117/2009	13
3.	Vergabe des Auftrages zur Erneuerung der K 23 in der Ortsdurchfahrt Sünninghausen	093/2009	14
4.	Vergabe des Auftrages zur Vergrößerung der Durchlässe im Bereich der Feldzufahrten im Zu- ge der K 55 bei Stromberg	094/2009	15
5.	Berufskolleg Beckum, Kettelerstraße;	097/2009	16
6.	Vergabe des Auftrages zur Errichtung einer Salzsilo- und Soleerzeugeranlage am Bauhof Beckum	104/2009	17

Anlagen

Anlage 1	Beschlussvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion zu TOP I.6	
Anlage 2	Dienstvereinbarung über Leistungsentgelte für die Beschäftigten der Kreisverwaltung Warendorf	
Anlage 3	Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das SG Münster	

Anwesend:

Vorsitz

Gericke, Olaf Dr.

Mitglieder des Kreisausschusses

Arnkens-Homann, Dagmar

Birkhahn, Astrid

Buschkamp, Franz-Josef

Hild, Karl-Wilhelm

Juli, Reimund

Kaup, Winfried

Krause, Winfried

Kreft, Peter

Müller, Eckehard

Ommen, Detlef

Steiner, Hans-Rüdiger

Strautmann, Klaus Dr.

Tünte-Poschmann, Hildegard

Wartala, Franz-Jörg

Wiemann, Norbert

von der Verwaltung

Börger, Heinz Dr.

Funke, Stefan Dr.

Hansen, Peter Dr.

Gnerlich, Friedrich

Seidel, Ansgar Dr.

Kampelmann, Norbert

Rogoski, Nicole

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09.05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses und die Presse zur letzten Kreisausschusssitzung der Wahlperiode.

Er stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 28.08.2009 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Es liegt eine Tischvorlage aus, die den TOP I.5 "Aufstellung der Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamtlicher Richterinnen und Richter beim Sozialgericht Münster" präzisiert.

Landrat Dr. Gericke weist darauf hin, dass die gesetzte Meldefrist eine Verschiebung dieses Tagesordnungspunktes in die nächste Wahlperiode nicht möglich mache.

Ferner liegt den Fraktionsvorsitzenden zum TOP I.6 "Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen" ein eigener Beschlussvorschlag der CDU-Kreistagsfraktion vor, der als Anlage 1 beigefügt ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

I. Öffentlicher Teil

1. Bericht der Verwaltung

• "Einheitlicher Ansprechpartner" nach der EG-Dienstleistungsrichtlinie

Herr Dr. Funke erläutert, dass in Nordrhein-Westfalen insgesamt 18 einheitliche Ansprechpartnerstellen zur Umsetzung der sog. Europäischen Dienstleistungsrichtlinie gebildet würden. Der Kreis Warendorf bilde zusammen mit den anderen Münsterlandkreisen und der Stadt Hamm einen "Einheitlichen Ansprechpartner Münsterland", bei dem der Kreis Warendorf zunächst die Federführung übernehmen werde.

Die erforderliche öffentlich-rechtliche Vereinbarung für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung sei bereits fertig gestellt und zwischen Landräten und Oberbürgermeistern einvernehmlich abgestimmt. Derzeit fehle es jedoch noch an der rechtlichen Grundlage eines Landesgesetzes. Sobald diese geschaffen sei, werde die Vereinbarung dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt.

Kommunalwahl

Kreisdirektor Dr. Börger erklärt, der Kreiswahlausschuss habe in seiner Sitzung am 08.09.2009 das Ergebnis der Kreistagswahl festgestellt. Im Protokoll sei vermerkt worden, dass es ein Problem in Telgte gegeben habe. Nach einer vorläufigen Einschätzung seien dort alle drei Wahlen, d.h. Bürgermeister-, Rats- und Kreistagswahl zu wiederholen.

In seiner konstituierenden Sitzung am 30.10.2009 werde der Kreistag u.a. einen Wahlprüfungsausschuss bilden. Dieser werde sich unter Beachtung der Ladungsfristen frühestens am 10.11.2009 mit der Thematik befassen. Anschließend könne sich eine weitere Kreistagssitzung anschließen. Sollte der Kreistag zu dem Schluss kommen, dass es erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Wahl in Telgte gab, seien die Wahlen dort zu wiederholen.

2. Umsetzung des Konjunkturpaketes II 115/2009

Landrat Dr. Gericke erläutert anhand eines Powerpoint-Vortrages die zwei auf der Tagesordnung stehenden Maßnahmen.

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der Abwicklung des Konjunkturpaketes II wird Aufwendungen/Auszahlungen in Höhe von insgesamt 2.677.000 € bei folgenden Maßnahmen gem. § 6 InvföG, § 53 KrO i.V.m. § 83 Abs. 4 GO zugestimmt:

1. Umbau und energetische Sanierung des Gesundheitsamtes Ahlen mit Aufwendungen/Auszahlungen i.H.v.

1.100.000 €

2. Rückbau von drei Container-Klassenräumen des BK Warendorf und Verlegung von vier Klassenräumen der Astrid-Lindgren-Schule aus dem Kellergeschoss in Warendorf, Siskesbach, durch die Errichtung eines Neubaus an das BK Warendorf, von-Ketteler-Str.

1.577.000 €

3.	Dienstvereinbarung über Leistungsentgelte für die Beschäf-	118/2009
	tigten der Kreisverwaltung Warendorf (DV Leistungsentgel-	
	te); hier: Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten	

Herr Dr. Funke erläutert, das System der Leistungsentgelte, das bei den Angestellten schon länger gelte, solle bei der Kreisverwaltung nun mittels einer Dienstvereinbarung auf die Beamtinnen und Beamten übertragen werden. Anfang 2009 seien hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen worden. Es müsse ein Betrag im Haushalt vorgesehen werden.

Herr Hild bittet darum, die Dienstvereinbarung dem Protokoll als Anlage beizufügen. Darüber hinaus merkt er an, dass hier bereits ein Beschluss im Vorgriff auf die Haushaltsplanberatungen gefasst werde.

Beschlussvorschlag:

Die jährlich für die Leistungsbezüge der Beamtinnen und Beamten der Kreisverwaltung Warendorf nach dem Landesbesoldungsgesetz erforderlichen Mittel werden bereitgestellt.

4	ŀ.	Projekt "Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit	102/2009
		Migrationshintergund in der Sekundarstufe I" der Stiftung	
		Mercator	

Kreisdirektor Dr. Börger erläutert, der Kreis Warendorf könne das 37. Projektmitglied der Stiftung Mercator werden. Der Kreis Warendorf wäre damit der erste Teilnehmer aus dem Münsterland.

Als Kooperationspartner könne man sich die Universitäten Münster oder Bielefeld vorstellen.

Bis zu 20 Fördergruppen könnten mit den Fördermitteln gebildet werden.

Beschlussvorschlag:

Die Beteiligung am Projekt "Förderunterricht für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund" der Stiftung Mercator wird in der dargestellten Form beschlossen.

Die erforderlichen Eigenmittel in Höhe von jährlich 20.000 Euro (insgesamt 80.000 Euro) werden in den Haushaltsjahren 2010-2013 zur Verfügung gestellt.

Niederschrift Sitzung o	les Kreisausschusses an	າ 11.09.2009
-------------------------	-------------------------	--------------

- 9 -

5.	Aufstellung der Vorschlagsliste für die Berufung ehrenamt-	113/2009
	licher Richterinnen und Richter beim Sozialgericht in Müns-	
	ter (SG Münster)	

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag wählt aus der als Anlage 3 beigefügten Liste 10 Personen, die dem Präsidenten des Sozialgerichts Münster für die Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter vorgeschlagen werden.

6. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion zum Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen

Herr Dr. Hansen erläutert, dass es faktisch zwei Beschlüsse zum Bleiberecht gebe. Zum einen den Beschluss der Innenministerkonferenz aus dem Jahr 2006 sowie § 104 a Aufenthaltsgesetz (AufenthG).

Aufgrund dieser beiden Bleiberechtsregelungen hätten im Kreis Warendorf insgesamt 634 Ausländer einen Antrag gestellt. Von diesen Personen erhielten

- 186 eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 AufenthG,
- 107 eine Probeerlaubnis nach § 104 a AufenthG.
- 138 Anträge hätten wegen Täuschungshandlungen, Straftaten, etc.) abgelehnt werden müssen,
- 117 Anträge seien noch nicht entschieden, weil zum großen Teil die erforderlichen Reisepässe fehlten,
- 86 Geduldete hätten eine Aufenthaltserlaubnis aus anderen Gründen erhalten, seien umgezogen oder untergetaucht.

Herr Juli erklärt, die Zielsetzung dieses Antrages sei, die Bleiberechtsproblematik auf breiter Front zu beraten. Beim betroffenen Personenkreis herrsche Unsicherheit, was über den 31.12.2009 hinaus geschehe. Man müsse den Menschen eine Perspektive bieten und gemeinsam nach einer humanitären Lösung suchen.

Der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion sei mit dem Anliegen der SPD-Fraktion identisch. Er halte das Anliegen für so wichtig, dass Parteipolitik hier zurücktreten müsse. Daher ziehe er den Beschlussvorschlag der SPD-Fraktion zurück und schließe sich dem Beschlussvorschlag der CDU an.

Herr Hild fügt hinzu, dass das Thema Integration parteiübergreifend von großer Bedeutung sei. Die CDU-Fraktion habe einen geänderten Beschlussvorschlag vorgelegt, weil der im SPD-Antrag formulierte Resolutionsnimbus entfallen solle.

Beschlussvorschlag (der CDU-Kreistagsfraktion):

 Der Kreisausschuss / Kreistag stellt fest, dass viele der im Kreis Warendorf lebenden ehemals geduldeten Ausländer von der Bleiberechtsregelung profitieren konnten. Gleichwohl führen die zunächst befristet erteilten Aufenthaltserlaubnisse nicht zu einem gesicherten Aufenthaltsrecht für diese Personen. Der Kreis Warendorf appelliert an das Innenministerium NRW sowie die politisch Verantwortlichen auf Landes- und Bundesebene sich für klare Regelungen zur Verlängerung der befristet bis zum 31.12.2009 erteilten Aufenthaltserlaubnisse einzusetzen. Eine besondere Notwendigkeit, kurzfristig eine sachgerechte und den Bedürfnissen der Betroffenen angepasste Lösung zu finden, wird gesehen bei Familien mit Kindern, Behinderten, Erwerbsunfähigen und Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben. Die aktuelle Wirtschaftslage sollte dabei angemessen berücksichtigt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 09.46 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke Landrat Dr. Heinz Börger Schriftführer